

und Schein. Diese Unterscheidung erklärt, aus welchen Gründen die Wissenschaft notwendig ist: »alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen« (*K III*, MEW 25, 825). Aber die Wissenschaft muß auch der realen Basis Rechnung tragen, die die Verwechslung zwischen Wesen und Erscheinung durch die spezifische Objektivität von Erscheinungsformen ermöglicht, die nicht bloß Schein sind (z.B. *K I*, MEW 23, 88 und 54): die alltägliche Praxis der Menschen in einer bestimmten Produktionsweise erzeugt bestimmte, scheinbar naturhafte Vorstellungen. Man kann bei den Vulgärökonomern kritisieren, daß sie die wirkliche Bewegung verkennen, weil sie bei den Erscheinungen stehenbleiben (vgl. ebd., 325: Gegensatz zwischen *Schein* und *Gesetz der Erscheinung*), muß aber dann erklären, daß eine Erscheinungsform nicht, wie bei Hegel, nur die »äußere Erscheinung« der Idee ist (ebd., 27). Weil es keine hinter den Dingen liegende Welt gibt, kann das Gesetz (das die wirkliche Bewegung widerspiegelt) nur das »Gesetz der Phänomene« sein (ebd., 25: Marx zitiert hier die Äußerungen eines russischen Rezensenten). Dieses Gesetz ist indessen nicht unmittelbar zu entziffern, und es könnte daher den Anschein haben, daß ein Teil der erscheinenden Gegebenheiten vernachlässigt werden muß (und so mit dem Unwesentlichen gleichgesetzt wird: vgl. Lenin, LW 36, 347). Das Gesetz, »das ruhige Abbild der Erscheinungen« (*PH*, LW 38, 141), könnte immer nur eine Annäherung sein, die Erscheinung wäre immer viel reicher (ebd., 142). Es ist nicht sicher, ob dieser Gegensatz uneingeschränkt gilt: »Die Natur ist (...) *sowohl* Erscheinung *als auch* Wesen« (ebd., 198, ebenso 239).

3. Dies ist wohl der Kern der Analyse. Das heißt:

3.1 Der »Status« des Erscheinenden ist verknüpft mit den Fragen politischer Analyse und Praxis: Wie läßt sich vermeiden, daß man vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht, ohne die Bäume — wie Hegel — als bloße Bestimmungen des Waldes aufzufassen (»wir dürfen das *Wesen* der Erscheinung nicht über ihrer *Form* vergessen«, Lenin, LW 16, 298; »die Kadetten sind keine Partei, sondern ein Symptom«, LW 10, 216)? Oder, um das Problem in Worten zu stellen, die allerdings zu ganz unterschiedlichen Zwecken verwendet werden: Wie kann man Opportunismus und Praktizismus vermeiden, ohne in Dogmatismus zu verfallen?

3.2 Von »Erscheinung« ist in Diskursen die Rede, die weit über die Analyse einer bestimmten Produktionsweise hinausgehen. Das führt uns zum Materialismus und zur Dialektik (sogar zur materialistischen Dialektik, wenn nicht zum dialektischen Materialismus): eine materialistische Auffassung der Erscheinung steht in Gegensatz zu jedem Kleben an den Phänomenen (LW 14, 96); auf dem Wege einer Untersuchung der Geschichte der Wissenschaften in ihrer Gesamtheit glaubt Lenin, Bemerkungen zu den drei Ausdrücken *Wesen*, *Erscheinung* und *Schein* einbringen zu können (z.B. *PH*, LW 38, 90, 119-123, 138ff.).

4. Zwei Fragen scheinen schließlich noch umstritten zu sein:

— Was unterscheidet das Erscheinende vom Schein (und/oder vom Zufälligen)? Es wird notwendig sein, den »Status« der »Gesetze« gründlicher zu durchdenken, wie z.B. des berühmten »Wertgesetzes« im *Kapital* (Engels schrieb: »die Einheit von Begriff und Erscheinung stellt sich dar als wesentlich unendlicher Prozeß«, Brief an Conrad Schmidt v. 12.3.1895, MEW 39, 433).

— Kann der »Marxismus« weiterhin, ohne in die Spekulation zurückzufallen, bei einem Diskurs über die »Kategorie« Erscheinung bleiben?

5. Verwandte Begriffe zu »Erscheinung« sind *Erscheinungsform* und — je nach Verwendungsweise — *Schein*, oder aber *Gegenstand*, *Ding*, *Prozeß* (die beiden gegensätzlichen Bedeutungen finden sich in einem Satz von Lenin: LW 38, 213); im Gegensatz zu »Erscheinung« stehen die Begriffe *Wesen* und *Gesetz*.

● BIBLIOGRAPHIE: HEGEL, *Enzyklopädie*, Die Wissenschaft der Logik, 2. Abteilung B, »Die Erscheinung«, §§ 131-141; *Wissenschaft der Logik*, 2. Buch, 2. Abschnitt, 2. Kap.; *TM*, MEW 26.2, 162f. — Es empfiehlt sich, auf die sog. »historischen« Texte von MARX und ENGELS zurückzugreifen sowie auf die Texte LENINS zu bestimmten politischen Konstellationen etc. — M. BUHR, G. KLAUS, *Philosophisches Wörterbuch*, Bd. 1, Berlin/West, 10. Aufl. 1974, 366ff.; L. SEVE, *Une introduction à la philosophie marxiste*, Paris 1980, 75ff.

► Dialektik, Dialektischer Materialismus, Gesetz, Hegelianismus, Kantianismus, Praxis, Vernünftig/Wirklich, Wesen. J.-P.C.(T.L.)

Erziehung

E: *Education*. — F: *Education*. — R: *Vospitanie*. — Sp: *Educación*. — Ch: *Jiaoyu* 教育

Siehe: Agitation/Propaganda, Bewußtsein, Partei, Schule

Etatismus

E: *Statism*. — F: *Etatisme*. — R: *Etatizm*. — Sp: *Etatismo*. — Ch: *Guojiazhuayi* 国家主义

1. Das historische Drama des Marxschen Denkens liegt zweifellos darin, daß ausgerechnet der von seinen Begründern als ein antistaatliches Denken angelegte Marxismus zu einer Theorie verkehrt worden ist, die staatliche Unterdrückung rechtfertigt. Um diese historische Tragödie zu erklären, ist vorgegeben worden, die Geschichte einfach vergessen zu haben. So hat die Gewohnheit, [die Begründer des Marxismus, F.O.W.] miteinander zu verquicken, das Ergebnis gebracht, daß Stalin auf Lenin und dann Lenin auf Marx »zurückgeführt« wurde — so daß schließlich der marxistische »Totalitarismus« als solcher unter der Anklage stand, mit der Erbsünde des Etatismus belastet zu sein. Dabei ist dann, durchaus mit Bedacht, »abgesehen« worden von den Kämpfen, die Marx und Engels gegen den Etatismus oder auch gegen den Staatssozialismus, zunächst gegen den Lassalles, geführt haben, und ebenso von dem

Nachdruck, mit dem sie den Kommunismus immer als Absterben des Staates begriffen, sowie auch von dem Gegensatz, den sie zwischen der Freiheit des Staates und der seiner Untertanen aufgezeigt haben (*Gotha*, MEW 19, 27). Demgegenüber hat sich dann die andere Seite darauf versteift, im Etatismus einen bloßen historischen Zufall sehen zu wollen, der mit Abweichungen verknüpft ist, die weit außerhalb des wahren Denkens von Marx und Engels liegen — und damit eine ideale Theorie einer nur allzu realen Geschichte entgegengesetzt. Dabei ist der Vorwurf des Etatismus bereits erhoben worden, seit der Marxismus überhaupt zur Grundlage einer Praxis mit Massencharakter wurde, d.h. seit der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Die Geschichte des marxischen Denkens hat ihren Angelpunkt in einer Paradoxie, in seinem Kampf an zwei dem Anschein nach zueinander im Widerspruch stehenden Fronten: *Einerseits* besteht die Notwendigkeit des Absterbens des Staates, *andererseits* das Erfordernis einer Praxis der Arbeiter im Umgang mit dem Staat. In diesem Kampf geht es um das Problem des Etatismus, wie es erst die jüngere Geschichte ausdrücklich hat hervortreten lassen. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Marxsche Herangehensweise an den Staat, die diese Paradoxie auf sich nimmt, selbst keineswegs ein homogenes Ganzes bildet; allein schon deswegen, weil sie sich als Ergebnis unterschiedlicher Kritikprozesse herausgebildet hat: der Kritik der Hegelschen politischen Philosophie, der Kritik des bürgerlichen Staates und der Kritik der politischen Praxen der Arbeiterklasse. Die Schwierigkeiten, die Marx mit dem Problem des Etatismus hatte, lassen sich allein schon an dem ungeklärten Status dieser Herangehensweise ablesen.

Das letzte Wort des Marxschen Nachdenkens über den Staat war die Ablehnung jeglicher allgemeinen Staatstheorie zugunsten des Begreifens der Geschichte der Staaten sowie der Vorschlag eines Leitfadens für die Untersuchung dieser Geschichte als Bedingung der kommunistischen Kritik des Etatismus. Diesen Leitfaden bildet die Untersuchung der Art und Weise, in der jeder Staat die allgemeinen Bedingungen der Abpressung von unbezahlter Mehrarbeit reproduziert (*K III*, MEW 25, 799f.). Der Staat verdichtet und reproduziert die spezifische Herrschaftsform jeder Art von Klassenherrschaft, wie sie in der Auspressung von Mehrarbeit verkörpert ist (ebd.). Die Besonderheit des Kapitalverhältnisses besteht darin, daß in ihm die Reproduktion des gesellschaftlichen Verhältnisses, auf dem die Auspressung von Mehrarbeit beruht, d.h. die Scheidung der Produzenten von den Produktionsmitteln, durch einen ausschließlich ökonomischen Mechanismus gewährleistet wird (*K I*, MEW 23, 765). Demgemäß besteht dann die Besonderheit des bürgerlichen Staates darin, daß er sich als eine autonome Maschinerie konstituiert und sich zu einer zentralisierten Macht erhebt, die diese allgemeinen Bedingungen bürgerlicher Klassenherrschaft von außen reproduziert (*Bürgerkrieg*, MEW 17, 336f.). Die Trennung von Staat und Gesellschaft ist also selbst — weit entfernt davon, ein konstitutives Merkmal jedes Staates zu sein — eine Wirkung der spezifischen Funktionsweise des bürgerlichen Staates. Aber eben diese

Trennung ist es auch, die eine besondere Praxis erforderlich macht, deren Aufgabe die Zerschlagung des Staates ist. Marx sah diese Praxis in der Pariser Kommune verkörpert (*Bürgerkrieg*, MEW 17, 338ff.). Die direkte Demokratie der Kommune erweist sich so als eine antistaatliche Politik der Produzenten.

Die *Deutsche Ideologie* hatte demgegenüber geradezu eine allgemeine Theorie des Staates als der illusorischen Verkörperung der sozialen Gemeinschaftlichkeit hervorgebracht (MEW 3, 33f.). In einer entfremdeten Gesellschaft, die vom feindlichen Zusammenstoß der besonderen Interessen geprägt ist, »nimmt das gemeinschaftliche Interesse ... eine selbständige Gestaltung an«, indem es mit Notwendigkeit die äußerliche und illusorische Form eines »Allgemein-Interesses« annimmt, das vom Staat verkörpert wird, der die »Sonderinteressen« zügelt (ebd.). Der Staat ist demnach ein Ergebnis der Entfremdung der Gesellschaft, eine Projektion des Gemeininteresses auf ein ihr Äußeres. Durch die von ihm geleistete Regulierung der Privatinteressen bringt der Staat das Interesse der ökonomisch herrschenden Klasse als allgemeines Interesse zur Geltung; er wird zum Werkzeug der Herrschaft einer Klasse. (MEW 3, 62) *Das Elend der Philosophie* sollte diesen doppelten Mechanismus von Projektion und Verdichtung der Gesellschaft zusammenfassend charakterisieren, indem in dieser Schrift der Staat, »die politische Gewalt«, als der »offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft« definiert wird (*Elend*, MEW 4, 182).

Auch im späteren Werk verschwindet diese allgemeine Theorie nicht. Das *Kapital* definiert den Staat noch als »die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft« (MEW 23, 779). Der *Anti-Dühring* macht den Staat zum entfremdeten Repräsentanten der Gesellschaft (MEW 20, 261), was die Konsequenz nach sich zieht, daß, sobald die mit der Klassenspaltung verbundene Entfremdung aufgehoben wird, der Staat spontan erlischt, nachdem er zum wirklichen Repräsentanten der Gesellschaft geworden ist: »Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig.« (Ebd.) Zugleich verschwindet die Politik, an deren Stelle »die Verwaltung von Sachen« tritt (MEW 20, 262). Eben diese allgemeine Theorie hat im Marxismus etatistische Wirkungen ausgelöst. Wenn der Staat eine entfremdete Gemeinschaftlichkeit darstellt, die ihrer Substanz nach mit der Politik zusammenfällt, dann reicht es aus, um die Entfremdung zum Verschwinden zu bringen, den Staatsfunktionen ihren politischen Charakter zu nehmen, indem sie in bloße Verwaltungsfunktionen überführt werden (Marx, *Konzept von Bakunins Buch »Staatlichkeit und Anarchie«*, MEW 18, 597-642, hier: 635). Diese Sichtweise des Kommunismus als etwas, das jenseits der Politik liegt, führt zu einem Widerspruch zwischen dem revolutionären Ziel, das nicht-politisch ist, und den auf dem Weg dahin benutzten Mitteln, die weiterhin politisch bleiben. Wenn sie einmal vom Ziel abgetrennt sind, kann kaum davon ausgegangen werden, daß diese Mittel verschwinden, denn die Politik des Proletariats kann dann nur noch staatlich sein. Das Prole-

tariat organisiert sich im Staat als herrschende Klasse (*Manifest*, MEW 4, 481), so daß letzterer als das Zentrum der Vergesellschaftung der Ökonomie zwangsläufig »die organisierte Gewalt der Gesellschaft« bleibt. Das Absterben wird auf einen nicht angegebenen Zeitpunkt verschoben, d.h. auf einen Zeitpunkt nach der vollständigen Befreiung des Proletariats, das so schließlich unfähig ist, die bürgerliche Politik zu überwinden. Marx annulliert seine Entdeckung der direkten Demokratie als [Form der, F.O.W.] Zerschlagung des Staates. Engels sollte ihr schließlich den Rücken kehren und den Rechten der repräsentativen Demokratie in seiner *Kritik des Erfurter Programms* wieder Geltung zusprechen. Das vollzog sich so, weil Marx die Voraussetzungen Bakunins übernommen hat: die Gleichsetzung der Politik mit der Staatlichkeit und mit der Macht. Aber ganz entgegen den anarchistischen Vorhaltungen liegt genau hierin das Element, das zur Reproduktion des Etatismus innerhalb des Marxismus führt, insoweit die Arbeiterklasse, um sich einer Staatsmaschinerie zu bemächtigen, die die Gesellschaft strukturiert und beherrscht, nicht darauf verzichten kann, allgemeinpolitisch zu agieren.

2. Die Theoretiker der II. Internationalen haben den Triumph dieser allgemeinen Theorie mitsamt ihren Unklarheiten sichergestellt. Schon seit 1893 lehnt Kautsky die direkte Demokratie der Kommune ab; die bürgerliche Demokratie ist eine unverzichtbare politische Form, solange noch der Staat existiert (*Parlamentarismus und Demokratie*, Stuttgart 1911): Dem Parlament kommt es zu, die öffentliche Verwaltung zu kontrollieren und sie nötigenfalls auch zu leiten. Darüber hinaus ist es dann nicht mehr erforderlich, den Staat zu zerschlagen. Das Repräsentativsystem kann zu einem wahrhaften Ausdruck des Volkswillens und damit der gesellschaftlichen Totalität werden. Der Staat ist die Wahrheit des Gemeinwesens. In den Klassengesellschaften schränkt die Herrschaft der Ausbeuter die Demokratie ein und verfälscht die Repräsentation. Die Rolle des Proletariats besteht demgegenüber darin, die Demokratie auszuweiten, um die Repräsentation sicherzustellen, auf der Linie der »Eroberung der Demokratie«, die schon das *Manifest* angekündigt hatte. Das Repräsentativsystem wird also als eine politische Form begriffen, die ganz unterschiedliche soziale Inhalte annehmen kann. Ein instrumenteller Begriff der Hegemonie verknüpft dann die politische Form des Staates als sozialer Totalität mit einem Klasseninhalt. Die Entfremdung des Staates zu bekämpfen, bedeutet dementsprechend, gegen die Schranken der Demokratie zu kämpfen. Das Proletariat kann die Staatsmaschinerie für sich erobern und ihr neues Blut einflößen. Diese Themen gehen ohne weitere Veränderung in Kautskys Kritik der russischen Revolution ein. Angesichts einer parlamentarischen Republik, die die gesellschaftliche Totalität verkörpert, kann eine Sowjetrepublik, als Organisationsform einer einzigen Klasse, nur zur Vernichtung der Demokratie führen (*Die Diktatur des Proletariats*, Wien 1918): Die direkte Demokratie ist eine Illusion. Die Aktivität des zentralen Leitungsorgans des Staatsapparates kann nur von einem anderen zentralen Organ kontrolliert werden, nicht von einer unorganisierten und amorphen Masse, wie sie das Volk darstellt.

Max Adler tritt in diesem Punkt Kautsky an die Seite, indem er die Räte im Namen der Notwendigkeit der staatlichen Repräsentation der Gesamtheit der Staatsbürger auf eine Funktion als Kampforgane beschränkt (*Demokratie und Rätssystem*, Wien 1919).

Kautsky beschränkte die direkte Demokratie darauf, ein bloßes Mittel der administrativen Dezentralisierung zu sein; Adler sieht sie als etwas, das jenseits der Politik liegt, indem sie den Übergang zur bloßen Verwaltung von Sachen in den Staat integriert (ebd.). Die Diktatur ist für ihn die Einschränkung der Demokratie auf ihre politische Form, die das Proletariat in Richtung der sozialen Demokratie überwindet. Während die soziale Demokratie die volle Demokratie verwirklicht, wie sie erst in der klassenlosen Gesellschaft möglich ist, ist die politische Demokratie immer eine bestimmte Form der Klassengesellschaft: »Die Diktatur des Proletariats ist dann gar nichts Unerhörtes mehr, sondern sie ist — wenn auch in den Formen der politischen Demokratie — die Ablösung der bürgerlichen durch die proletarische Diktatur.« (M. Adler, *Politische oder soziale Demokratie*, Berlin 1926, 57)

Wenn der Staat zugleich der Ort der Ganzheit und eine nach ihrem Klasseninhalt veränderliche Form sein kann, so ergibt sich dies daraus, das er die Zusammenfassung, die Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfte mittels Demokratie ist: »Das Verhältnis der unterschiedlichen oder sogar entgegengesetzten Kräfte, die sich durch den Staat hindurch Ausdruck verschaffen, ist unaufhörlich veränderlich. Es kann sich in einer Demokratie zugunsten der Arbeiterklasse verändern und wird dies notwendig tun, indem diese in einer ständigen Bewegung an Zahl, an Organisationsgrad und an Bewußtheit zunimmt.« (Jaurès, *Etudes Socialistes*, Genf 1979, 178). Für Kautsky wächst die moralische Autorität des Proletariats, das in der Demokratie seine Universalität zur Geltung bringt (*Die Diktatur des Proletariats*, ebd., 61). Auch der Gesamtheit der Wortführer der II. Internationalen erscheint die Demokratie zugleich als spezifisches Mittel des Kampfes und als Ziel des Proletariats als der universellen Klasse. Nach Bauer verkörpert sich in ihr die Hegemonie, die ideologische Vormachtstellung, des Proletariats (*Der Kampf um die Macht*, in: Otto Bauer, *Werkausgabe*, Bd. 2, Wien 1976, 957). Dieser theoretischen Position entspricht die politische Linie einer langsamen Revolutionierung (ebd., 959), deren Gegenstück bei Kautsky die These von der Notwendigkeit bildet, den Reifungsprozeß des Proletariats abzuwarten (*Die Diktatur des Proletariats*, ebd., 63). — Diese Theorien reduzieren den Kampf der Arbeiter auf den parlamentarischen Kampf der Partei. Dem Staat als dem Repräsentanten der gesellschaftlichen Totalität entspricht so die Organisation, die die Arbeiterklasse repräsentiert. Der repräsentative Aufbau der Partei rechtfertigt dabei das repräsentative Funktionieren des Staates. Tatsächlich hat die Partei die Gestalt eines bürgerlichen Staatsapparates, und sie funktioniert in ganz genau derselben Weise. »Eine Klasse kann herrschen, ohne zu regieren, denn eine Klasse ist eine amorphe Masse. Nur eine Organisation kann regieren. Und in einer Demokratie regieren die Parteien.« (Ebd.)

G. Deville hat diesen Zusammenhang zwischen Parlamentarismus und Repräsentativverfassung ausdrücklich formuliert. Die Aufgabe der Partei bestehe darin, »das Eindringen sozialistischer Menschen und Ideen in die gewählten Körperschaften« zu organisieren (*Principes Socialistes*, Paris 1896, 181). Dementsprechend sollte der sozialistische Staat »in der Hand der Partei« liegen (ebd., 207). Die Demokratie wurde so zum Deckmantel der Beschlagnahme des Staates durch die Partei sowie zugleich der Reduzierung der politischen Praxis auf die Tätigkeit des Generalstabs der Parteiorganisation. Bauer identifiziert ganz offen die Klasse mit der Partei (*Der Kampf um die Macht*, ebd., 960) und ebenso die Hegemonie des Proletariats mit der erzieherischen Rolle der Partei (ebd., 957). Für Adler bringt die Partei die Universalität des Proletariats zum Ausdruck, indem sie alle Kräfte der Erneuerung zusammenfaßt (*Demokratie und Räteystem*, Wien 1919), und die Diktatur des Proletariats ist dementsprechend für die Sozialdemokratie das geeignete Werkzeug ihres Sieges.

Ein derartiges Schema kann sich durchaus auf seine Beglaubigung als orthodoxe Lehre berufen. Es beruht auf der Identifikation der Klasse für sich mit der organisierten Klasse, wie sie im *Elend der Philosophie* erfolgt ist (MEW 4, 180f.) In einer Phase, in der das Proletariat dabei ist, unter Schwierigkeiten seine Ausdrucks- und Bewegungsfreiheit zu erringen, begreift Marx den politischen Kampf der Arbeiter im wesentlichen als einen Kampf »für die Assoziation«, durch die die Einheit des Proletariats hergestellt und seine Autonomie gegenüber der Bourgeoisie verwirklicht wird. Die Parteien der II. Internationale haben dieses Schema dann auf eine Situation übertragen, in der sich die Arbeiterorganisationen entwickelt haben, und dies nachdem die Kommune eine politische Praxis der Massen auf die Tagesordnung gesetzt hatte, die über den Rahmen der Organisation hinausgeht. Die Ablehnung der direkten Demokratie erscheint demnach als eine politische Linie, die die Massen in Abhängigkeit von Parteiführungen hält, die ihrerseits in den Staatsapparat integriert sind.

Lenin tritt demgegenüber als Erneuerer der direkten Demokratie auf, indem er jede Unterordnung des Klassenkampfes unter eine Demokratie im allgemeinen, die zugleich Mittel und Ziel sein soll, ablehnt und die direkte Demokratie als die spezifisch proletarische Form der Verdichtung der Gewalten betrachtet, die zum Absterben des Staates führt. Aber indem er damit die Thesen Kautskys umstülpt, behält er einige von deren Voraussetzungen bei. Kautsky und Adler beabsichtigten die Räte als Kampforgane beizubehalten, während sie ablehnten, daß sie zur Struktur des Staates würden. Lenin definiert dagegen die Revolution als die »Umwandlung der Organisationen der von ihr [der Bourgeoisie, J.R.] unterdrückten Klassen in Staatsorganisationen« (LW 28, 259). Die autonome Praxis der Massen in den Sowjets wird auch damit auf eine bloß noch organisatorische Ebene reduziert.

Dieses Thema führt einen treibenden Widerspruch in Lenins Denken ein: Einerseits ermöglicht allein die direkte Demokratie eine Einbeziehung der Ar-

beiterorganisationen in die Staatsführung und damit in den Prozeß von dessen Absterben (LW 18, 481). In dem Maße aber, in dem das Proletariat noch nicht seine Einheit errungen hat und die anderen Produzenten nicht vereinigt hat, konzentriert sich andererseits die Leitung des Staates, als Organisationsform der herrschenden Klasse, in den Apparaten dieser Klasse (vor allem in ihrer Partei), die dieser Aufgabe durch ihre Gestalt als Organisationen schon entsprechen. Die kommunistische Politik wird mit der Politik der Partei identifiziert (LW 31, 364). Von diesem Punkt an tritt dem Schema, das die direkte Demokratie zum Angelpunkt der Funktionsweise der Organisationen innerhalb des sozialistischen Staates erhebt, die Sichtweise einer Diktatur des Proletariats entgegen, die sich in Verhältnissen zwischen Organisationen verdichtet, unter denen die Räte nur eine untergeordnete Rolle spielen. Aufgrund dieses Vorrangs der Organisation kommt es erneut zur Herausstellung des repräsentativen Prinzips. Lenin hat dies auch eingeräumt: Nachdem sie zunächst Organe der Verwaltung *durch* die Werktätigen sein sollten, werden Räte zu Organen der Verwaltung *für* die Werktätigen, die in den Händen der »fortgeschrittenen Schicht des Proletariats« (LW 19, 169 — wofür wir auch lesen können »der Partei«, J.R.) liegen. Aber wenn sie einmal von der direkten Demokratie getrennt sind, dann sind diese Organisationen nur noch bloße Staatsapparate.

Diese instrumentalistische Herangehensweise verführt Lenin auch dazu, im Gegensatz zu der von ihm hauptsächlich verfolgten Tendenz, die Diktatur mit ihren situationsbedingten gewaltsamen Mitteln zu verwechseln. Als Organisation der herrschenden Klasse muß der Staat auch die repressive Gewalt im Namen des Proletariats ausüben (LW 27, 256f.). Dabei ist Lenin vollständig bewußt, daß die staatliche Gewaltanwendung, die von einem abgetrennten Staatsapparat ausgeht, durchaus nicht revolutionär ist und sich sogar der von den Massen selbst ausgehenden Gewaltanwendung entgegenstellt (LW 31, 343). Das bringt Lenin zur Formulierung eines entscheidenden Widerspruchs: »Der Staat ist ein Apparat zur Unterdrückung. Man muß die Ausbeuter unterdrücken, aber man kann sie nicht mittels der Polizei unterdrücken, nur die Masse selbst kann das tun, der Apparat muß mit den Massen verbunden sein, muß in der Form der Sowjets die Massen repräsentieren.« (LW 27, 121) Auf der einen Seite steht also für ihn die antistaatliche revolutionäre Gewaltanwendung, auf der anderen Seite die Gewaltausübung eines Apparates, durch die sich der Staat gegenüber den Massen verselbständigt und damit sein Absterben blockiert.

4. Die Politik der NEP-Periode sowie die anschließende erzwungene Industrialisierung stellen zwar die [von Krieg und Revolution dezimierte, F.O.W.] sowjetische Arbeiterklasse wieder her, aber sie tun dies als Element einer staatskapitalistischen Wirtschaft, die vom Staat gelenkt wird. Stalin sollte dann die allgemeine Theorie der Begründer des Marxismus erneut umkehren, um aus ihr die Rechtfertigung dieser Situation zu gewinnen. Schon 1924 tritt die Diktatur des Proletariats als ein besonderer Fall des Wesens des Staates

auf, wie es die allgemeine Theorie definiert. Sie ist einfach der Apparat der Unterdrückung einer Klasse durch eine andere: »In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Diktatur des Proletariats im Grunde genommen durch nichts von der Diktatur jeder anderen Klasse« (J. Stalin, *Über die Grundlagen des Leninismus*, in: ders., *Werke*, Bd.6, Berlin/DDR und Stuttgart 1952, 62-166, hier: 101). Die allgemeine Theorie macht es möglich, die Diktatur des Proletariats auf einen Typus von Staat unter anderen zu reduzieren und sich damit von der Problematik des Absterbens des Staates zu verabschieden. Je besser der Staat seine Aufgabe als das Zentrum der sozialistischen Aufbauarbeit erfüllt, desto mehr ist es notwendig, ihn zu stärken, einschließlich seiner repressiven Apparate — denn »ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich« (J. Stalin, *Zu den Fragen des Leninismus*, in: ders., *Werke*, Bd.8, Berlin/DDR und Stuttgart 1952, 12-81, hier: 28).

Nach Engels' Auffassung konnte der Staat allein durch sein Absterben zum Repräsentanten der gesamten Gesellschaft werden. Stalin dreht diese Position um: Der Staat kann erst dann absterben, wenn er der Repräsentant des Volkes ist. In der Vorkriegszeit vertritt Stalin eine Reihe von Thesen, die die Unmöglichkeit des Absterbens des Staates auf die äußere Umgebung der Sowjetunion zurückführten (*Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU*, in: *Fragen des Leninismus*, Moskau 1947, 723ff.). Allerdings deutet sich im Staat innerhalb der UdSSR eine Umgestaltung an, die seine Universalität erkennen läßt und die sein Absterben vorbereitet: Der Staat vollzieht den Übergang von einer im wesentlichen repressiven Funktion zu einer Funktion der Organisierung der Wirtschaft sowie einer Funktion der Erziehung (ebd.). Der Staat ist der Repräsentant des Volkes, weil er die Verwaltung der Sachen an sich zieht. Damit wird dann die Verstaatlichung aller gesellschaftlichen Praxen ebenso begründet wie ihre Unterwerfung unter die Parteilinie.

● BIBLIOGRAPHIE: W.I. LENIN, *Erste Skizze des Programmentwurfs*, LW 27, 139ff.; *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, LW 27, 225ff.; *Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit*, LW 27, 315ff.; *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, LW 28, 225ff.; *Bericht über das Parteiprogramm* (zum VIII. Parteitag der KPR[B]), LW 29, 150ff.; *Notizen eines Publizisten*, LW 30, 343ff.; *Geschichtliches zur Frage der Diktatur* (Notizen), LW 31, 332ff.; *Rede auf der Gesamtrussischen Konferenz der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung ...*, LW 31, 357ff.; *Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung*, LW 33, 40ff.; J.W. STALIN, *Schriften zur Ideologie der Bürokratisierung*, hrsgg. v. G. Hillmann, Reinbek 1970; ders., *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*, München 1968; E. BALIBAR, *Über die Diktatur des Proletariats*, Berlin/West 1976; P. INGRAO, *Massenbewegung und politische Macht*, Hamburg 1979; N. POULANTZAS, *Staatstheorie*, Hamburg 1977; G. SOREL, *Über die Gewalt*, Frankfurt/M. 1969.

► Absterben des Staates, Anarchismus, Bakunismus, Bürokratie, Demokratie, Diktatur des Proletariats, Entfremdung, Jakobinismus, Kommune, Kommunismus, Lassalleanismus, Nation, Organisation der Produktion, Parlament, Personenkult, Pluralismus, Räte, Sowjet, Sozialismus, Staat, Vergesellschaftung.

J.R.(F.O.W.)

Eurokommuni

E: *Euro-Communism*
Sp: *Eurocomunismo*

3. Juni 1976: Antipantini benutzt Eurokommunismus in Freiheit im Sinne der Bedingungen der breiten Bündnisse des italienischen Charakters und gerechtfertigt wurde, gab es im 1975 (KPI — Kommunistischen Parteien Inlandspanischer KP) forderte »neue verwirklichte in den Ländern der mexikanischen Demokratie zu Grunde ihre Grundlagen im Madrid: einem »demokratischen« Wirkungsmacht innerhalb der kommunistischen Parteien nächsten Krise des kapitalistischen Parolen, italienischen demokratischen herrschende kulturellem des Sozi-

Verzeichnis der Verfasser

| | | |
|--|----------|---|
| Marc Abcles, <i>Anthropologe</i> | M.A. | Philippe de Lara, <i>Philosoph</i> |
| Paul-Laurent Assoun, <i>Philosoph</i> | P.-L.A. | Marie-Claire Lavabre, <i>Politologin</i> |
| Béatrice Avakian, <i>Philosophin</i> | B.A. | Christian Lazzeri, <i>Philosoph</i> |
| Elisabeth Azoulay, <i>Ökonomin</i> | E.A. | Jean-Yves Le Bec, <i>Philosoph</i> |
| Gilbert Badia, <i>Germanist</i> | G.Ba. | Jean-Jacques Lecercle, <i>Anglist</i> |
| Éric-Ne Balibar, <i>Philosoph</i> | E.B. | Dominique Lecourt, <i>Philosoph</i> |
| Françoise Balibar, <i>Physikerin</i> | F.B. | Victor Leduc, <i>Philosoph</i> |
| Gérard Bensusan, <i>Philosoph/Germanist</i> | G.Be. | Jean-Pierre Lefebvre, <i>Germanist</i> |
| Ghyslaine Bernier, <i>Philosophin/Italianistin</i> | Gh.B. | Alain Lipietz, <i>Ökonom</i> |
| Jacques Bidet, <i>Philosoph</i> | J.B. | Michael Löwy, <i>Soziologe</i> |
| Gérard Bras, <i>Philosoph</i> | G.Br. | Pierre Macherey, <i>Philosoph</i> |
| Suzanne de Brunhoff, <i>Ökonomin</i> | S.d.B. | Michael Maidan, <i>Philosoph</i> |
| Christine Buci-Glucksmann, <i>Philosophin</i> | C.B.-G. | Lilly Marcou, <i>Historikerin</i> |
| Jean-Luc Cachon, <i>Philosoph</i> | J.-L.C. | François Matheron, <i>Philosoph</i> |
| Guy Caire, <i>Ökonom</i> | G.C. | Solange Mercier-Josa, <i>Philosophin</i> |
| Lysiane Cartelier, <i>Ökonomin</i> | L.C. | Philippe Mette, <i>Philosoph</i> |
| Jorge Castañeda, <i>Ökonom</i> | J.C. | Jacques Michel, <i>Jurist</i> |
| Serge Collet, <i>Soziologe</i> | S.C. | Maurice Moissonnier, <i>Historiker</i> |
| Jean-François Corallo, <i>Philosoph</i> | J.-F.C. | Gérard Molina, <i>Philosoph</i> |
| Olivier Corpet, <i>Soziologe</i> | O.C. | Zdravko Munišić, <i>Philosoph</i> |
| Jean-Pierre Cotten, <i>Philosoph</i> | J.-P.C. | Sami Naïr, <i>Philosoph</i> |
| Bernard Cottret, <i>Anglist</i> | B.C. | Michel Paty, <i>Physiker</i> |
| Alastair Davidson, <i>Politologe</i> | A.D. | Hugues Portelli, <i>Politologe</i> |
| André und Francine Demichel, <i>Juristen</i> | A.u.F.D. | Pierre Raymond, <i>Philosoph</i> |
| Marcel Drach, <i>Ökonom</i> | M.D. | Catherine Régulier, <i>Literaturwissenschaftlerin</i> |
| Martine Dupic, <i>Anthropologin</i> | M.Du. | Henry Rey, <i>Historiker</i> |
| Victor Fay, <i>Journalist</i> | V.F. | Jean Robelin, <i>Philosoph</i> |
| Oswaldo Fernandez-Diaz, <i>Philosoph</i> | O.F.-D. | Maxime Rodinson, <i>Islamwissenschaftler</i> |
| Françoise Gadet, <i>Sprachwissenschaftlerin</i> | F.G. | Jean-Maurice Rosier, <i>Literaturwissenschaftler</i> |
| René Gallissot, <i>Historiker</i> | R.G. | Elisabeth Roudinesco, <i>Psychoanalytikerin</i> |
| Jean Marc Gayman, <i>Historiker</i> | J.-M.G. | Pierre Séverac, <i>Philosoph</i> |
| Maurice Godelier, <i>Anthropologe</i> | M.G. | Gérald Sfez, <i>Philosoph</i> |
| Alain Guerreau, <i>Historiker</i> | A.G. | Danièle Tartakowsky, <i>Historikerin</i> |
| Jacques Guilhaumou, <i>Historiker</i> | J.G. | Nicolas Tertulian, <i>Philosoph</i> |
| Jean Guinchard, <i>Philosoph</i> | J.Gu. | André Tosel, <i>Philosoph</i> |
| Enrique Heit, <i>Philosoph/Hispanist</i> | E.H. | Trinh Van Thao, <i>Soziologe</i> |
| Georges Labica, <i>Philosoph</i> | G.L. | Yves Vargas, <i>Philosoph</i> |
| Nadya Labica, <i>Literaturwissenschaftlerin</i> | N.L. | René Zapata, <i>Politologe</i> |

Colette Bernas überprüfte die englische, Blanche Grinbaum die russische Terminologie.

Verzeichnis der Übersetzer

| | | |
|--|---------|---|
| Detlev Albers, <i>Politologe</i> | D.A. | Michael Kräcker, <i>Politologe</i> |
| Herbert Bosch, <i>Romanist</i> | H.B. | Thomas Laugstien, <i>Philosoph</i> |
| Margherita von Brentano, <i>Philosophin</i> | M.v.B. | Gabi Mischkowski, <i>Historikerin</i> |
| Bernard Degen, <i>Historiker</i> | B.D. | Rolf Nemitz, <i>Sozialwissenschaftler</i> |
| Wieland Eifferding, <i>Politologe</i> | W.E. | Karin Priester, <i>Politologin</i> |
| Helmut Fleischer, <i>Philosoph</i> | H.F. | Brita Rang, <i>Erziehungswissenschaftlerin</i> |
| Heiner Ganßmann, <i>Ökonom</i> | H.G. | Jan Rehmann, <i>Historiker</i> |
| Karl-Heinz Götz, <i>Literaturwissenschaftler</i> | K.-H.G. | Monika Rohloff, <i>Geographin</i> |
| Ruedi Graf, <i>Literaturwissenschaftler</i> | R.G. | Giacco Schiesser, <i>Literaturwissenschaftler</i> |
| Martin Grohmann, <i>Historiker</i> | M.G. | Veronika Schlüter, <i>Romanistin</i> |
| Karl Kühne, <i>Ökonom</i> | K.K. | Traugott Schöffhale, <i>Soziologe</i> |
| Frigga Haug, <i>Soziologin</i> | F.H. | Klaus-Dieter Thieme, <i>Philosoph</i> |
| Wolfgang Fritz Haug, <i>Philosoph</i> | W.F.H. | Hella Tiedemann-Bartels, <i>Literaturwiss.</i> |
| Thomas Heilmann, <i>Journalist</i> | T.H. | Ilse Utz, <i>Übersetzerin f. Sozialwissensch.</i> |
| Martine Héniéssart, <i>Politologin</i> | M.H. | Eckhard Volter, <i>Romanist</i> |
| Peter Jansen, <i>Politologe</i> | P.J. | Christof Watkinson, <i>Sozialwissenschaftler</i> |
| Peter J. Jelic, <i>Romanist</i> | P.J.J. | Harold Woetzel, <i>Linguist</i> |
| Wolfgang Kowalski, <i>Soziologe</i> | W.K. | Frieder Otto Wolf, <i>Philosoph</i> |

Die chinesischen Stichwörter wurden von Bettina Gransow, Frank Suffa-Friedel und Ting-I-Li bearbeitet
schenk von Leopoldo Maimora. Die englischen Stichwörter wurden von Karen Ruoff-Kramer überprüft, die
von Wieland Eifferding.

Kritisches Wörterbuch des Marxismus

herausgegeben von
G e o r g e s L a b i c a
unter Mitarbeit von
G é r a r d B e n s u s s a n

Herausgeber der deutschen Fassung
Wolfgang Fritz Haug

Band 2
Cäsarismus bis Funktionär

Argument

MC 8900 L118-2

Titel der Originalausgabe
DICTIONNAIRE CRITIQUE DU MARXISME
© Presses Universitaires de France
Paris 1982, 21984

Redaktion der Übersetzung
Herbert Bosch, Wieland Elfferding, Ruedi Graf, Wolfgang Fritz Haug, Peter J. Jehle,
Thomas Laugstien, Rolf Nemitz, Jan Rehmann, Eckhard Volker, Frieder Otto Wolf

Koordination dieses Bandes
Rolf Nemitz



K 88/2004

Handwritten notes: "Marxismus / Nachschlagewerk", "1) AMO", "2) AMO", "3) Marxismus, Michelajewski"

Aa

Handwritten: "Marxismus / Nachschlagewerk"

GIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Kritisches Wörterbuch des Marxismus / hrsg. von
Georges Labica ... unter Mitarb. von Gérard Bensussan.
Hrsg. d. dt. Fassung: Wolfgang Fritz Haug. [Übers.
von Detlev Albers ...]. — Berlin: Argument
Einheitssacht.: Dictionnaire critique du marxisme (dt.)
NE: Labica, Georges [Hrsg.] EST
Bd. 2. Cäsarismus bis Funktionär. — 1.-4. Tsd. — 1984.
ISBN 3-88619-052-8 kart.
ISBN 3-88619-062-5 Gewebe

Copyright © der deutschen Fassung: Argument-Verlag GmbH Berlin/West 1984.
Alle Rechte vorbehalten.
Argument-Verlag: Redaktion: Altensteinstr. 48a, 1000 Berlin 33, Tel. 030/8314079;
Argument-Vertrieb: Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel. 030/4619061.
Umschlaggestaltung: Sigrid von Baumgarten und Hans Förtsch.
Satz: Barbara Steinhardt, Berlin. — Buchbinderei: Rödiger, Hannover.
Druck: SOAK, Hannover. — 1.-4. Tsd. 1984.

Geleitwort

Die erste Auflage des *Dictionnaire critique du marxisme*, im September 1982 in Paris erschienen, wird bald vergriffen sein. Dieses Ereignis beweist — die Leichenbitter und Klugen Elsen mögen mir verzeihen — das Interesse, das dem marxistischen Denken entgegengebracht wird, und seine Lebendigkeit. Bis auf wenige Ausnahmen wurde dem Werk eine überaus freundliche und manchmal geradezu begeisterte Aufnahme zuteil. Dutzende von Besprechungen beschäftigten sich mit ihm in den gedruckten Medien: den großen Tageszeitungen (*Le Monde, Humanité, Libération, Le Quotidien de Paris* u.a.), den Wochenzeitungen (*Le Canard enchaîné, La Croix, Les Nouvelles littéraires, Révolution, Express, Hebdo de Genève* u.a.), den Zeitschriften (*La Quinzaine littéraire, Les Mots, Histoire, Revue Tiers-Monde, Revue philosophique* u.a.); aber auch in den audiovisuellen Medien (France-culture, Fréquence libre, Panorama, Apostrophes, die Fernsehprogramme von Zagreb und Sarajevo u.a.). Der Herausgeber wurde zu vielen Interviews, Vorträgen und Diskussionen eingeladen (z.B. an der Sorbonne, an der Freien Universität Berlin, zum Fest der Humanité).

Entsprechend der in der Vorrede zum *Kritischen Wörterbuch* eingegangenen Verpflichtung wurde das gesamte derart zusammengekommene Material berücksichtigt, wurden die Kritiken und Vorschläge gehört und umgesetzt. Die zweite französische Auflage, die derzeit in Vorbereitung ist, wird dem soviel als möglich Rechnung tragen, in Gestalt von Ergänzungen (vor allem der Bibliographien), Überarbeitungen und manchmal völliger Umgestaltung einzelner Artikel. Außerdem sind fast 70 neue Stichwörter zu den rund 400 der ersten Auflage hinzugekommen, darunter: *Antimilitarismus, Babouvismus, Direkte Demokratie, Neue Demokratie, Volksdemokratie, Dissidenz, Form(en), Linksradikalismus, Keynesianismus, Mariateguismus, Materialismus, Sozialistische und kommunistische Produktionsweise, Ontologie des gesellschaftlichen Seins, Orthodoxie, Mögliches, Alltag, Permanente Revolution, Wissenschaftlich-technische Revolution, Wissenschaft, Reelle und formelle Subsumtion, Titoismus, Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg*, die sich neuen Mitarbeitern verdanken (V. Fay, D. Lecourt, M. Löwy, P. Raymond u.a.).

Das *Kritische Wörterbuch des Marxismus*, dessen zweiter Band hiermit unter der editorischen Verantwortung von W.F. Haug erscheint, macht jene überarbeitete und beträchtlich erweiterte Ausgabe der deutschen Öffentlichkeit vorab zugänglich, mehrere Monate, bevor sie auf französisch erscheint.

Georges Labica